

8681

Stenographisches Protokoll

98. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 27. Juni 1985

Inhalt	Anfragebeantwortungen
Personalien	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1291/AB zu 1317/J)
Krankmeldungen (S. 8683)	
Entschuldigungen (S. 8683)	des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1292/AB zu 1292/J)
Fragestunde (73.)	des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1293/AB zu 1295/J)
Bundeskanzleramt (S. 8683)	des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1294/AB zu 1307/J)
Dr. Helga Hieden (586/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Marga Hubinek, Edith Dobesberger	des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1295/AB zu 1308/J)
Bauten und Technik (S. 8686)	des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1296/AB zu 1322/J)
Dr. Keimel (576/M); Karas	des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1297/AB zu 1327/J)
Lußmann (578/M); Haigermoser, Strache, Dr. Feurstein	des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1298/AB zu 1352/J)
Schwarzenberger (579/M); Haigermoser, Weinberger, Lußmann	des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1299/AB zu 1301/J)
Schemer (587/M); Koppensteiner, Eigruber, Veleta	des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1300/AB zu 1313/J)
Strache (588/M); Neumann, Hintermayer, Weinberger	des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1301/AB zu 1336/J)
Ausschüsse	des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1302/AB zu 1343/J)
Zuweisung (S. 8696)	
Eingebracht wurden	
Regierungsvorlage	
637: Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (4. Schulunterrichtsgesetz-Novelle) (S. 8696)	
Bericht	
III-99: Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrie zum 31. Dezember 1984; BM f. öffentliche Wirtschaft und Verkehr (S. 8696)	

600

- des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1303/AB zu 1316/J)
- des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1304/AB zu 1333/J)
- des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1305/AB zu 1346/J)
- des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1306/AB zu 1283/J)
- des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1307/AB zu 1298/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1308/AB zu 1310/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1309/AB zu 1339/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1310/AB zu 1340/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1311/AB zu 1280/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1312/AB zu 1285/J)
- des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1313/AB zu 1286/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1314/AB zu 1304/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1315/AB zu 1319/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1316/AB zu 1330/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1317/AB zu 1349/J)
- des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1318/AB zu 1289/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1319/AB zu 1284/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1320/AB zu 1290/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1321/AB zu 1299/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1322/AB zu 1320/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1323/AB zu 1334/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1324/AB zu 1345/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1325/AB zu 1300/J)
- des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1326/AB zu 1305/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1327/AB zu 1314/J)
- des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1328/AB zu 1315/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1329/AB zu 1335/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (1330/AB zu 1344/J)
- des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (1331/AB zu 1383/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

mitteln, die auch bei diesen Veranstaltungen verwendet werden.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Unterrichtsministerium hat einen Erlaß herausgegeben und auf diese Aktion verwiesen und alle Schulen aufgefordert, sich durch eigenen Projektunterricht daran zu beteiligen.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Gassner, Mag. Minkowitsch, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Heinzinger, Fauland und Prechtl.

Die Notwendigkeit dieser Aktion ergibt sich daraus, daß trotz aller Maßnahmen, die bisher erfolgt sind, und obwohl wir wissen, daß die Mädchen bessere Schulerfolge aufweisen auch in jenen Bereichen, die man gemeinhin als Basis für technische Berufe nennt, zum Beispiel Mathematik, das Berufsspektrum der Mädchen sehr einseitig ist; daher diese Kraftanstrengung aller, die an der Ausbildung der Mädchen interessiert sind, inklusive der Interessenvertretungen.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Ing. Sallinger, Graf und Dr. Jankowitsch.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Präsident: Zusatzfrage.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Abgeordnete Dr. Helga Hieden (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

Abgeordnete Dr. Helga Hieden: Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Großteil der Mädchen unabhängig von ihren Fähigkeiten typisch weibliche Ausbildungswege und Berufsgänge beschreitet. Wenn man weiß, daß die Ursache dafür in den täglichen Erfahrungen der Mädchen liegt, und zwar in der Familie und in der Öffentlichkeit, und wenn man weiß, daß die Mädchen sich eben nach den Erwartungen, die in Frauen in der Gesellschaft gesetzt werden, richten, erkennt man, wie wichtig es ist, wie solche Aktionen durchgeführt werden.

Anstelle des Herrn Bundeskanzlers wird Frau Staatssekretär Dohnal die Frage beantworten.

586/M

Welche Maßnahmen und Aktionen wurden im Rahmen der Aktion „Töchter können mehr – Berufsplanung ist Lebensplanung“ bisher durchgeführt?

Können Sie mir sagen: Wer führt diese Aktion konkret durch und an wen richtet sie sich?

Präsident: Bitte, Frau Staatssekretär.

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Johanna Dohnal: Zur Frage bezüglich der Aktion „Töchter können mehr“ beziehungsweise zu den Maßnahmen, welche im Rahmen dieser Aktion gesetzt wurden.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Johanna Dohnal: Die Aktion wird im Bundeskanzleramt koordiniert. Es beteiligen sich daran die Ministerien für soziale Verwaltung, für Unterricht, Kunst und Sport, für Wissenschaft und Forschung, die Arbeiterkammer Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Bundeswirtschaftskammer, der Freie Wirtschaftsverband, der Verein „Die Frau und ihr Beruf“, eine Reihe von engagierten Einzelpersonen aus allen Berufsbereichen und Lehrer.

Ergänzend zu den Förderungsprogrammen durch das Sozialministerium, die schon gelaufen sind, läuft nun diese Aktion unter Beteiligung aller damit befaßten Ministerien und Interessenvertretungen. Folgende Maßnahmen wurden bisher gesetzt: in erster Linie Diskussionsveranstaltungen mit Eltern, Lehrern, Berufsberatern, Schülerberatern an den Schulen direkt, Servicestellen für Mädchen an den Schulen, weiters Präsentation neuer Berufswege und Beispiele für neue Berufswege, das Materialienpaket zur Berufsinformation ab der 6. Schulstufe, das im Unterricht eingesetzt wird, mit den dazugehörigen Lehr-

Die Aktion richtet sich in allererster Linie an die Eltern, aber darüber hinaus auch an

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Johanna Dohnal

die Lehrer mit eigenen Seminaren, mit eigenen Veranstaltungen, die vom Unterrichtsministerium durchgeführt werden, an die Berufsberater, das heißt an die Arbeitsämter, und natürlich an die Mädchen selbst. Es wurde im Rahmen dieser Aktion ein Telephondienst eingerichtet, das Aktionstelephon, das von allen beteiligten Stellen auch propagiert wird. Dieses Service können Eltern, Mädchen, aber auch Unternehmer, die bereit wären, ein Mädchen in einem sogenannten untypischen Beruf aufzunehmen, in Anspruch nehmen; das Telephon ist rund um die Uhr besetzt.

Das ist also die Zielgruppe. Aber die Aktion richtet sich eigentlich an alle Menschen in diesem Lande, die sich für die Mädchenbildung oder auch für die nächste Frauengeneration und deren Berufschancen verantwortlich fühlen, was gerade jetzt so besonders wichtig ist, in einer Zeit, in der völlig neue Berufsqualifikationen als Basis für die Entwicklung der Zukunft notwendig sein werden, in der wir diese Situation, die wir jetzt haben, durch die einseitige Berufswahl, durch die neue Entwicklung kompensieren müssen. Für diese neue Entwicklung, die auf uns zukommt, haben die Mädchen ganz einfach nicht die Basis, auf der sie dann später aufbauen können.

Daher also Zielgruppe in erster Linie die Eltern, weil wir aus Erfahrung wissen: Die Eltern müssen die ersten Weichen stellen. Sie müssen aber auch diejenigen sein, welche die ersten Barrieren aus dem Weg räumen. Das ist eigentlich die Zielgruppe aufgrund der Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Helga Hieden: Die Aktion „Töchter können mehr — Berufsplanung ist Lebensplanung“ läuft nun seit über einem Jahr, seit Februar 1984. Sie haben eine Reihe von Maßnahmen, von Richtungen genannt. Was ist konkret geschehen, speziell auch, um die Eltern zu erreichen?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Johanna Dohnal: Konkret konnten wir durch Mithilfe der Medien, auch in guter Zusammenarbeit mit dem ORF, der hier natürlich unbedingt notwendig ist, die Aktion und die Thematik in einigen Sendungen präsentieren, weiters durch eine Inseratenkampagne zum Aktionstelephon. Es wird auch im Sommer über Radio Adria eine Werbekampagne

durchgeführt werden. Das Wichtigste sind die Diskussionsveranstaltungen an den Schulen, die in Zusammenarbeit mit den Schulen und den Elternvereinen durchgeführt werden. Es wurde ein Kurzkabarett erarbeitet, das die Thematik sehr prägnant und wahrscheinlich besser als jedes Referat nahebringt, allerdings nicht zum Lachen ist.

Darüber hinaus gibt es in den einzelnen Ressorts Maßnahmen, etwa im Wissenschaftsministerium für die Studienberatung und im Sozialministerium einen weiteren Ausbau der schon bestehenden Aktionen. Sehr wichtig ist alles, was in den Arbeitsämtern geschieht. Der nächste Schwerpunkt werden die Berufsberater sein, die Ausbildung der Berufsberater und auch die verstaatlichte Industrie.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Nachdem die Aktion schon ungefähr ein Jahr lang läuft, wie ich jetzt gehört habe, möchte ich Sie gerne fragen: Gibt es schon irgendein Echo auf diese Aktion, und wie schaut das aus?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Johanna Dohnal: Man kann ein Echo nicht unbedingt in Zahlen messen, schon gar nicht, wenn eine Aktion erst kurz läuft. Das ist aber nicht... (*Abg. Burgstaller: Es haben schon zwei angerufen!*) Es rufen täglich Dutzende Eltern und Mädchen — wenn Sie das meinen — beim Aktionstelephon an, das ja keine Berufsberatung ist, sondern nur Hilfestellung geben soll. In Zahlen die Bemühungen, die es bisher überhaupt gegeben hat: Diese Aktion ist ja nichts anderes als eine Zusammenfassung aller Bemühungen, die es auf den verschiedensten Ebenen gibt, eine Koordinierung und weitere Konkretisierung. Wenn Sie sich den Frauenanteil bei den Studienanfängern ansehen, etwa bei Studienrichtungen wie Bauingenieurwesen, Architektur, Raumplanung: Er ist in den letzten Jahren immerhin gestiegen. Ich möchte noch einmal erwähnen: Die Aktion gibt es ja nicht erst seit einem Jahr, sondern es gibt diese Bemühungen schon lange. Innerhalb von zehn Jahren ist der Frauenanteil in diesen Studienrichtungen von 14 Prozent auf 26 Prozent gestiegen. In der Elektrotechnik gibt es zum Beispiel eine Steigerung von 0 auf 3,8 Prozent. Auch in einigen anderen Studienrichtungen kann man das

Staatssekretär Johanna Dohnal

belegen. Bei den Lehrberufen gab es 1971 in 44 Prozent aller Lehrberufe kein einziges Mädchen. Das war 1981 nur mehr in 12 Prozent der Fall.

Das heißt, es sind praktisch in alle Bereiche heute schon die sogenannten Pionier-Mädchen eingedrungen, aber es ist noch keine Massenbewegung. Wir wissen, daß das Tempo zu langsam ist, daher nun auch diese konzentrierte Aktion, um die Eltern auf Gefahren für die Zukunft der Mädchen hinzuweisen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Frau Staatssekretär! Diese Aktionen sind durchaus begrüßenswert. Nur meine ich auch, daß dem öffentlichen Dienst als größtem Dienstgeber eine gewisse Signalwirkung zukommt. Was haben Sie unternommen, damit Frauen, die eine entsprechende Qualifikation aufweisen, auch einen angemessenen Posten bekommen und nicht nur im Sekretariat landen?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Johanna Dohnal: Sie wissen, das Förderungsprogramm „Wir Frauen im Bundesdienst“ hat einen Passus, der zwar nicht die normative Kraft eines Gesetzesbeschlusses hat, aber immerhin an den Artikel 4 der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau, die wir ja ratifiziert haben, angelehnt ist. Hier ist die Bevorzugung vorgesehen, wenn sich Frauen bewerben, welche die gleiche Qualifikation haben wie Männer, sie müssen bei der Aufnahme und bei der Beförderung bevorzugt behandelt werden.

Darüber hinaus ist es natürlich notwendig, daß ständig bewußtseinsbildende Maßnahmen durchgeführt werden. Das geschieht etwa durch die Kontaktfrauen im ganzen Bundesdienst, die dann an Ort und Stelle, das heißt an den Dienststellen, versuchen, die Frauen zu motivieren, auch an den verbesserten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Verwaltungsakademie teilzunehmen, und die auch in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung an Ort und Stelle tätig zu werden versuchen. Und wenn auch das nichts hilft, dann gibt es die interministeriellen Arbeitsgruppen für den öffentlichen Dienst, je eine in jedem Ministerium, die sich in enger Zusammenarbeit mit mir auch um jeden einzelnen Fall kümmern.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Frau Staatssekretär! Meine Frage erübrigt sich jetzt beinahe, denn der Zwischenruf des Herrn ÖVP-Abgeordneten Burgstaller zeigt, wie wenig erkannt wird (*Abg. Burgstaller: Das war ja positiv gemeint!*), wie wichtig diese Aktion ist und wie wichtig das Problem ist. Wenn sogar ein ÖVP-Abgeordneter das nur lächerlich findet und sagt, es seien nur zwei Telephonanrufe gewesen (*Abg. Burgstaller: Es haben drei angerufen!*), dann kennt er das Problem nicht. Ich bitte Sie daher noch einmal: Bitte sagen Sie uns, warum Sie gerade diese Aktion für so wichtig finden!

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Johanna Dohnal: Wenn der Herr Abgeordnete die Telephonanrufe in dieser Frage kennt, dann kann er sie ja nennen. Wenn er von der Zahl Drei spricht, hat er keine Ahnung davon. (*Abg. Dkfm. Gorton: Zwei!*) Aber er kann sich gerne die Zahlen im Bericht über das Aktionstelephon ansehen, ich kann ihm den Bericht gerne zusenden. (*Abg. Burgstaller: Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar!*) Das glaube ich Ihnen weniger (*Abg. Burgstaller: Sie glauben mir nicht!*), aber das macht nichts.

Sie, Frau Abgeordnete, haben erwähnt, daß die Bedeutung der Aktion nicht richtig erkannt wird. Das stimmt nur zum Teil. Ich kann beobachten und auch belegen, daß die Aktion von immer mehr Eltern und Interessierten anerkannt wird, von an der Mädchenausbildung Interessierten anerkannt wird, von all jenen anerkannt wird, die interessiert sind an der Zukunft unserer Mädchen und der nächsten Frauengeneration. Nicht anerkannt wird sie von jenen, die wissen, was es für sie persönlich vielleicht bedeuten könnte, oder von jenen, die überhaupt gegen solche Bestrebungen sind und diese daher entweder durch Lächerlichmachen oder durch Ignorieren unterlaufen. Das können wir täglich, stündlich, minütlich erfahren. Aber um die kann man sich in einem ersten Durchgang nicht kümmern, sondern nur um jene, die wirklich mitarbeiten wollen.

Die Aktion ist jetzt deshalb so wichtig, weil es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern fünf Minuten nach zwölf ist. Die Konzentration auf ganz wenige Berufe führt dazu, daß diese Berufe überlaufen sind, schon von der Ausbildung her, schon bei den Lehrstellen. Überlau-

8686

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Staatssekretär Johanna Dohnal

fen sind diese Berufe natürlich auch dann, wenn die Mädchen ausgebildet sind, das heißt, wenn sie die kaufmännische Ausbildung absolviert haben. Jede dritte arbeitslos gemeldete Frau kommt aus diesem Bereich, das zeigt ja schon, wie wichtig diese Aktion aufgrund der jetzigen Situation ist.

Wenn wir nun aus verschiedenen Studien und Untersuchungen weiter wissen, wie sich in der Zukunft die Rationalisierungsmaßnahmen gerade in jenen Bereichen entwickeln werden, wo der Frauenanteil am höchsten ist, wo sich die Ausbildung konzentriert, dann, glaube ich, kann es nicht anders sein — und das haben auch alle erkannt: Arbeiterkammer, ÖGB, Bundeswirtschaftskammer und die befaßten Ministerien —, als daß es zu einem raschen Umdenken kommen muß.

Wir wissen, daß die Maßnahmen, die es bisher gibt, etwa Förderungsmittel durch das Sozialministerium, nicht in vollem Umfang ausgenützt werden. Es gibt hier Vorurteile bei allen zu überwinden. Der Schwerpunkt liegt jetzt einmal bei den Eltern — in der Annahme, daß sie als Betroffene am ehesten dafür empfänglich sein werden.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Keimel (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

576/M

Warum müssen Sie nach Karl Sekanina „zeigen und beweisen, daß ein sozialistischer Minister in der Lage ist, ein Ministerium wie das Bautenministerium sauber, korrekt und auch effizient zu führen“?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Dr. Übleis:** Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist durch Pressemitteilungen bekanntgeworden, daß es im Rahmen der Bundesgebäudeverwaltung Untersuchungen gegen eine Reihe von Beamten und auch strafrechtliche Verurteilungen gegeben hat. Weiters hörte man sehr oft, daß es bei Auftragsvergaben nicht immer mit rechten Dingen zugehe, die Korrektheit vielerorts vermißt würde und auch die Effizienz nicht gegeben sei.

Ich wollte daher sofort zu Beginn meines Amtsantritts eindeutig zum Ausdruck bringen, daß ich die Absicht habe, durch eine Reihe von Maßnahmen die Arbeitsabläufe zu verbessern, die Kontrolle zu steigern und die

Auftragsvergaben transparenter zu gestalten. Die erforderlichen Weisungen sind von mir in der Zwischenzeit ergangen.

Mit 1. Juli wird darüber hinaus eine direkt mir unterstellte neue Abteilung für zentrale Kontrolle und Revision eingerichtet, die in Zukunft eine optimale Koordinierung der bestehenden Kontrolleinrichtungen gewährleisten und selbst Stichprobenkontrollen durchführen wird.

Das ist der erste Schritt. Weiters wurde eine Studie zur Durchleuchtung der derzeitigen Bundeshochbauorganisation in Auftrag gegeben, und mit 1. Jänner 1986 werde ich eine Neuorganisation des Bundeshochbaus in Kraft setzen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dr. Keimel:** Herr Minister! Sie haben wörtlich erklärt, daß Sie zeigen und beweisen wollen, „daß ein sozialistischer Minister“ — Sie haben nicht von Beamten gesprochen — „in der Lage ist, ein Ministerium wie das Bautenministerium sauber, korrekt und auch effizient zu führen.“ Damit stellen Sie fest, daß 15 Jahre lang sozialistische Minister, nämlich Ihre Vorgänger, dieses Ministerium nicht korrekt, nicht effizient und offensichtlich auch nicht sauber geführt hätten.

Sie haben das auch in weiteren Pressemitteilungen immer wieder präzisiert, und zwar sind Sie nicht auf die Beamten eingegangen, sondern haben gemeint, daß 20 Jahre technische und administrative Entwicklung an dem Ministerium spurlos vorübergegangen wären, daß Ihnen die Vorgangsweise von Ihrem Vorgänger — wie nannten Sie es? — nicht glücklich erschienen.

Aber da Sie jetzt das auf die Beamten bezogen haben, frage ich Sie, Herr Minister, nachdem ja die sozialistischen Minister Moser und Sekanina das offensichtlich in einem so großen Ministerium nicht allein machen konnten: Haben Sie Beweise — Sie haben das gesagt —, daß Beamte des Bautenministeriums nicht sauber, nicht korrekt und nicht effizient gearbeitet hätten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Übleis:** Herr Abgeordneter! Es gibt rund 50 Fälle bei der Bundesbaudirektion Wien und bei der früheren BGV, die zum Teil schon abgeschlossen sind, zum Teil noch in Behandlung stehen bei Gericht

Bundesminister Dr. Übleis

oder bei der Disziplinarkommission, sodaß der Beweis da ist, daß in der Vergangenheit bei den nachgeordneten Dienststellen — und nicht im Ministerium — Vorgangsweisen Platz gegriffen haben, die sicherlich nicht dem Gesetz entsprechen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Keimel: Herr Minister! Ich wiederhole noch einmal, daß Sie nicht von den Beamten gesprochen haben, sondern von Ihren Vorgängern. Sie haben erklärt, zeigen zu wollen, „daß ein sozialistischer Minister in der Lage ist, ein Ministerium wie das Bautenministerium sauber, korrekt und auch effizient zu führen“. Das ist gegen den Minister gegangen, offensichtlich gegen Ihre Vorgänger oder gegen Ihren unmittelbaren Vorgänger. Sie haben trotzdem den ÖVP-Antrag auf Rechnungshofüberprüfung der Ära Sekanina abgelehnt. Ich finde das unfair gegenüber Ihrem Vorgänger, denn er hätte ja auch rehabilitiert werden können. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Daher frage ich Sie, Herr Minister: Haben Sie diese Aussage ohne Beweise, denn Sie haben ja auch die Überprüfung abgelehnt, haben Sie diese Pauschalverdächtigung zu Lasten Ihres Vorgängers oder Ihrer Vorgänger, zu Lasten der Beamten, der Bauwirtschaft und der Architekten nur deshalb gemacht, um sich selbst von Anfang an den Mantel des effizienten Saubermannes umzuhängen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Ich ließ alle Fälle genau überprüfen, die in den Medien als nicht in Ordnung diskutiert wurden. Es hat sich in keinem Fall herausgestellt, daß eine Veranlassung besteht, strafrechtliche Untersuchungen durchzuführen. Aber es gab genug Fälle, wo die Ordnung nicht dem entsprach, wie ich es mir vorstelle, also daß striktest die ÖNORMEN eingehalten werden, daß nicht immer einige wenige Architekten die größten Aufträge bekommen, sondern eine Streuung der Architektenvergaben erfolgt — es wurden ja bisher schon 28 neue Architekten beauftragt. Weiters: Das ganze System im Hochbau ist verbürokratisiert, es gibt derzeit acht Mitwirkungskompetenzen.

Aus diesem Grund wurden zwei Professoren beauftragt, bis Ende September eine Studie auszuarbeiten, die Sektion II im Ministerium und die Bundesbaudirektion Wien zu durchleuchten.

Auf Grund dieser Untersuchungen wird dann eine Neuorganisation erfolgen, die effizienter sein wird, die es ermöglichen wird, daß die Aufträge rascher vergeben werden können. Es muß auch eines erreicht werden: daß die Ausschreibungsunterlagen vollständiger und präziser aufbereitet werden, sodaß dann keine Nachtragsangebote mehr möglich sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Karas.

Abgeordneter Karas (ÖVP): Herr Bundesminister! Ihre letzte Antwort bedeutet im Klartext, daß bisher all das nicht geschehen ist. Es ist für uns ein sehr eigenartiges Gefühl, wenn auf der einen Seite von Ihnen derartige Mißstände immer wieder in der Öffentlichkeit artikuliert werden, auf der anderen Seite aber keine Untersuchung von seiten des Rechnungshofes vorgenommen wird, weil unser Antrag auf Überprüfung der Ära Sekanina abgelehnt wurde.

Ich frage Sie daher: Ist Ihnen bewußt, daß diese Doppelgleisigkeit, auf der einen Seite Anschuldigungen zu machen und auf der anderen Seite nicht zu untersuchen, dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Politik sehr schadet?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Ich habe sofort mit dem Rechnungshofpräsidenten Kontakt aufgenommen, mit den Beamten des Rechnungshofes Gespräche geführt, und wir haben alle Probleme aufgelistet. Es besteht und bestand zu dieser Zeit keinerlei Veranlassung einzuschreiten.

Aber ich habe auch von Anfang an darauf hingewiesen, daß ich einen anderen Stil durchziehen möchte. Das ist ja keine Kritik an meinem Vorgänger, sondern das ist mein Weg zu arbeiten, und dazu gehört es, daß optimal kontrolliert wird, daß alle Architekten, alle Ziviltechniker die Chance haben, Aufträge zu bekommen. Die erste Phase wird ja mit 1. Juli jetzt schon durchgeführt, wenn diese begleitende Kontrolle und Revision eingerichtet wird.

Darüber hinaus wird es auch notwendig sein — ich habe das immer wieder betont —, daß der Minister mit den Beamten stärker als in der Vergangenheit zusammenarbeiten wird müssen.

Präsident: Die Anfrage 3 wurde zurückgezogen.

8688

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Präsident

Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Lußmann (ÖVP) an den Herrn Minister.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Wie wollen Sie diesen Schlüssel einhalten?

578/M

Ab wann wird es keine Straßensondergesellschaften mehr geben?

Präsident: Herr Minister.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Als Straßensondergesellschaften, denen bundesgesetzlich die Herstellung, Erhaltung und früher auch die Finanzierung von Bundesstraßen übertragen wurde, werden die Brenner Autobahn AG, die Tauern Autobahn AG, die Pyhrn Autobahn AG, die Arlbergstraßentunnel AG und die Autobahnen- und Schnellstraßen AG bezeichnet. Im weiteren Sinn kann auch die Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungs AG, die ASFINAG, als Straßensondergesellschaft bezeichnet werden.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Es fand eine Reihe von Gesprächen mit dem Finanzministerium statt, und es wurden viele Straßenprojekte auch gestrichen, es wird in Zukunft weniger Tunnels geben, sodaß es nunmehr aufgrund des letzten Standes der Novelle, die im Unterausschuß ja behandelt wurde, möglich sein wird, daß diese Zusagen, daß dieser Haftungsrahmen ausreichen wird, eingehalten werden können und daß aus den Einnahmen aus der Mineralölsteuer die Rückzahlung und auch die Zinsenzahlung erfolgen kann.

Da die Aufgaben dieser Gesellschaften somit durch Bundesgesetz geregelt sind, ist eine Einschränkung oder Aufhebung dieser Aufgaben, das heißt, eine Auflösung der Straßensondergesellschaften, nur durch Bundesgesetz möglich.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Lußmann:** Herr Bundesminister! Sie haben meine Frage nicht exakt beantwortet. Ich wollte wissen, ob Sie auch mit dem Schlüssel durchkommen.

Da nicht nur Aufgaben der Erhaltung und Finanzierung, sondern in sehr großem Ausmaß auch noch Aufgaben der Herstellung von Bundesstraßenabschnitten durch die Sondergesellschaften durchzuführen sind, beabsichtige ich nicht, eine Änderung der bezüglichen Bundesgesetze zu beantragen. Andernfalls würden wesentliche Straßenbauten aus finanziellen Gründen auf lange Zeit zurückgestellt werden.

Aber bitte, wie immer die Tilgung erfolgt, es ist eine außerbudgetäre Schuld. Ob sie dann mit 120 Milliarden getilgt wird oder, was auch zu befürchten ist, wesentlich mehr ausmacht — manche Fachleute errechnen, das könnten bis zu 200 Milliarden sein —: Es ist eine Schuld, die schlußendlich der Steuerzahler leisten muß.

Präsident: Zusatzfrage.

Diese Schuld scheint auch nirgends auf, außer in den Bundeshaftungen, und das entspricht also meiner Meinung nach nicht der Budgetwahrheit. Ich möchte das mit einem Unternehmer vergleichen, der zur Bank geht und dort gegenüber seiner Bank verheimlicht, daß er irgendwo hinten noch eine große Schuld hat.

Abgeordneter **Lußmann:** Herr Bundesminister! Im Haus liegt ein Antrag auf Aufstokkung der ASFINAG auf 120 Milliarden Schilling, und zwar ist zugleich ein Tilgungszeitraum von 30 Jahren oder bis zum Jahr 2015 vorgesehen und zugleich ein Schlüssel von 1:1 Kapital und Zinsen, also 60 Milliarden Kapital, 60 Milliarden Zinsen.

Ich frage Sie daher: Würden Sie, Herr Minister, in Zukunft dafür eintreten, daß diese Schuld im Sinne der Budgetwahrheit und der Transparenz, die Sie ja immer wieder auch ankündigen, irgendwie in den Schuldenbericht mit aufgenommen wird?

Präsident: Herr Minister.

Herr Bundesminister! Das ist für mich ein krasser Widerspruch, denn bei einer Tilgung in 30 Jahren ist es völlig unmöglich, daß Sie einen Schlüssel von 1:1 einhalten können. Bei Zinsen von 8 bis 9 Prozent würde der Schlüssel schon mindestens 1:2,5 oder 1:3 ausmachen, und da müßten Sie sofort zu tilgen beginnen.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Zunächst möchte ich vorausschicken, daß es durch die Gründung der ASFINAG möglich wurde, daß wir ein so großartig ausgebauten Straßennetz in Österreich haben. Ich glaube, besonders die Abgeordneten schätzen es, daß die Autobahnverbindungen heuer zum Beispiel nach Kärnten durchge-

Bundesminister Dr. Übleis

hend in Betrieb gehen werden und daß wir 1988 von Wien nach Vorarlberg mit kleinen Unterbrechungen durchgehend auf Autobahnen fahren können.

Die Novelle, die im Herbst im Parlament behandelt wird, sieht nun vor, daß das hochrangige Autobahnen- und Schnellstraßennetz bis 1992 ausgebaut wird. Ich sehe keine Veranlassung, die bisherige Rechtskonstruktion zu ändern.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Bundesminister, eine konkrete Frage: Stehen Sie mit Ihrer Aussage hinsichtlich Sondergesellschaften nicht in einem gewissen Widerspruch zu den Aussagen des Bundesministers für Finanzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Nein, weil auch ich sofort nach Amtsantritt erklärt habe, daß es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird und möglich sein soll, daß man neue Sonderfinanzierungsgesellschaften gründet. Morgen wird ja hier im Parlament eine Gesellschaft über den Wiener Straßenausbau diskutiert, aber das ist eine reine Bauplanungs- und -durchführungsgesellschaft. Es wird in Zukunft keine neuen Finanzierungsgesellschaften mehr geben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Strache.

Abgeordneter **Strache** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Abgeordnete Lußmann ist ein steirischer Abgeordneter, und ich kann nicht verstehen, daß sich gerade ein steirischer Abgeordneter gegen diese Sondergesellschaften stellt, weil gerade die Steiermark mit der Süd Autobahn, mit der Pyhrn Autobahn ja wirklich sehr viel profitiert hat. *(Zwischenruf des Abg. Brandstätter. — Ruf bei der SPÖ: Nur ruhig bleiben!)*

Daher, Herr Bundesminister, die Frage: Haben sich diese Sondergesellschaften in den letzten Jahren bewährt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Die haben sich natürlich bewährt. Ich habe es ja gerade vorhin zum Ausdruck gebracht: Nur durch diese Sondergesellschaften war es möglich, dieses hochrangige Stra-

ßennetz so rasch auszubauen. Ich darf etwa an die Großbauvorhaben der letzten Jahre erinnern: Bau des Arlbergtunnels, Brenner Autobahn, Tauern Autobahn, Wechselübergang im Zuge der Süd Autobahn, der am 22. November in Betrieb genommen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Minister! Sie erinnern sich offensichtlich nicht mehr an das, was Sie am 10. März im „Abendjournal“ gesagt haben. Sie haben damals die Meinung vertreten — ich zitiere Sie wortwörtlich —: Grundsätzlich ist meine Meinung die: Man hat in der Vergangenheit viel zu viele Aufgaben an Gesellschaften, an Beiräte übertragen. Man sollte in Zukunft wieder mehr im Ministerium selbst entscheiden.

Genau das hat der Abgeordnete Lußmann von Ihnen hören wollen, nämlich daß Sie das wieder bestätigen, weil wir grundsätzlich dieser Meinung beipflichten. Es ist bedauerlich, daß Sie nun auch beginnen, Ihre Meinung innerhalb so kurzer Zeit zu ändern.

Ich darf jetzt eine konkrete Frage an Sie richten, Herr Bundesminister, nachdem wir gehört haben, daß die Finanzierung sehr teuer ist: Wenn Sie 1 Million Schilling verbauen durch diese Autobahngesellschaften, müssen unsere Steuerzahler später das Doppelte bis Dreifache zurückbezahlen. Noch schlimmer ist aber, daß wir Baustäbe in den Landesregierungen hätten, die hier eingesetzt werden können. Nun müssen neue Baustäbe errichtet werden in den Autobahngesellschaften beziehungsweise sind solche errichtet worden. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern, und zwar von Steuergeldern, die noch von unserer Jugend bezahlt werden müssen.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Sind Sie bereit, zumindest in Zukunft in verstärktem Maße wieder die mittelbare Bundesverwaltung einzuschalten und die Baudirektionen in den Bundesländern verstärkt im Straßenbau zu engagieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Das geschieht ja jetzt bereits. Beim Neubau des Abschnittes Roppen—Imst wird ja das Amt der Tiroler Landesregierung die Baudurchführung vornehmen, weil es — und das möchte ich hier besonders klarstellen —

8690

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Bundesminister Dr. Übleis

nicht so ist, daß die Gesellschaften einen aufgeblähten Personalapparat haben. Sie vergeben alle Aufträge, und sie bedienen sich auch der Ämter der Landesregierungen.

Eines sei auch noch festgestellt: daß ich sofort gegen die Schaffung eines eigenen Bundeshochbautenfonds war und es auch in Zukunft notwendig werden wird, daß man die Situation der Sondergesellschaften überdenkt, und zwar dann, wenn sie mit ihren Baumaßnahmen fertig sind. Dann werden nämlich diese Gesellschaften reine Betriebsgesellschaften, und hier kann man dann sicher in Zukunft gewisse Vereinheitlichungen, Zusammenlegungen vornehmen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Schwarzenberger (ÖVP).

579/M

Wie werden Sie den Straßenbau finanzieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das bestehende Finanzierungskonzept für den Straßenbau beruht im wesentlichen auf den Einnahmen der zweckgebundenen Mineralölsteuer, der Kreditfinanzierung der Sondergesellschaften und der Einnahmen aus Mautstrecken. Ziel dieses Konzeptes ist es, die Fertigstellung des hochrangigen Straßennetzes bis etwa 1992 sicherzustellen und das übrige Bundesstraßennetz entsprechend den Zielen Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit zu verbessern und zu erhalten.

Da sich in den nächsten Jahren der Budgetspielraum durch steigende Erhaltungs- und Refinanzierungskosten einengen wird, bedarf es einer Reihe neuer, zukunftsorientierter Maßnahmen. Als wichtigste wären zu nennen: Die Bundesstraßengesetz-Novelle wird eine Reduzierung der Schnellstraßen und Autobahnen vornehmen, sodaß 40 Milliarden dadurch in den nächsten zehn, zwölf Jahren eingespart werden können. Die ASFINAG-Novelle wird den Haftungsrahmen, wie bereits erwähnt, auf 60 Milliarden erhöhen. Wir werden in Zukunft verstärkte Kosten-Nutzen-Untersuchungen bei neuen Straßebauten vornehmen, und es ist weiters gelungen, Einsparungen bei der Errichtung künftiger Autobahnmeistereien in der Höhe von 1,5 Milliarden vorzunehmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Schwarzenberger: Herr Bun-

desminister! Die ASFINAG wird, wie Sie gerade vorhin erläuterten, noch heuer eine Aufstockung des Haftungsrahmens für Kredite auf 60 Milliarden Schilling und auch für die Verzinsung auf weitere 60 Milliarden Schilling benötigen. In den nächsten Jahren wird also dann die Hälfte der Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer und der Maut für Verzinsung notwendig sein, eine weitere Hälfte wahrscheinlich dann für die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Es werden über 1992 hinaus — es wird dann das Autobahn- und Schnellstraßennetz vielleicht in Grundzügen fertig sein — noch weitere Verbesserungen der Bundesstraßen notwendig sein. Sind diese Ausbaumaßnahmen finanziell abgesichert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Es ist sichergestellt, daß die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, die ja rund 14 Milliarden betragen, beziehungsweise die Einnahmen aus der Mautgebühr, die bei 1,3 Milliarden liegen, ausreichen werden, sodaß sowohl die Tilgung als auch die Rückzahlung der Zinsen in Zukunft garantiert werden können. Es war sogar in der Vergangenheit möglich, über die Zinsen hinaus einen Betrag für Tilgungen zu verwenden.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Schwarzenberger: Herr Bauteilminister! Ihr Vorgänger, Minister Sekanina, hat der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen noch kurz vor seinem Rücktritt folgendes Interview gegeben: Wie es 1986 weitergehen wird, kann ich heute noch nicht sagen. Es wird auf jeden Fall sehr kritisch, weil hier riesige Rückzahlungsbrocken der jetzigen Baulose zusätzlich einsetzen werden und mit jedem neuen Straßenkilometer auch die Erhaltungskosten steigen.

Glauben Sie, daß darüber hinaus das Straßengrundnetz bis 1992 noch finanziert werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Bei der Diskussion über die künftige Bundesstraßengesetz-Novelle wurden ja sehr viele seinerzeit vorgesehene Projekte gestrichen. Man spart ein, man baut die Straßen nicht mehr so breit — anstelle von früher 30 m Breite bei Autobahnen nur mehr 24 m —, weiters werden die Auf- und Abfahrten nicht mehr so aufwendig gebaut; es wurden sehr viele Schnellstraßen

Bundesminister Dr. Übleis

gestrichen, 639 km, und wir werden uns in Zukunft verstärkt bemühen, Bundesstraßen auszubauen. Bei den Straßenmeistereien wird eingespart, bei der Erhaltung wird eingespart. Hier liegt bereits eine Studie vor, die im Herbst mit den Ländern besprochen werden wird.

Ich glaube, es wird ohne weiteres und ohne Schwierigkeiten nunmehr auf Grund dieser Einsparungsmöglichkeiten die Finanzierung des weiteren Ausbaus gesichert sein.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser (FPÖ):** Herr Bundesminister! Sie haben die Jahreszahl 1992 hier in den Raum gestellt, also daß bis zu diesem Zeitpunkt das Grundnetz fertiggestellt sein wird. Ich glaube, daß es auch für die Bauwirtschaft sehr wichtig ist, sich diese Jahreszahl ins Stammbuch zu schreiben, indem sie auch diese Kapazitäten auf diese Jahreszahl auslegt, denn wir werden in Zukunft mit Gigantonomie im Straßenbau sicherlich nicht mehr rechnen können.

Ich darf Sie jetzt fragen im Hinblick auf die Finanzierung: Ist sichergestellt, daß die bei der ASFINAG anfallenden Zinsen aus den laufenden Budgets der nächsten Jahre gedeckt werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Die Bedeckung der anfallenden Zinsen ist eine wichtige Zielvorgabe bei der Erstellung der Budgets und auch bei den Verhandlungen über die Novelle zur ASFINAG gewesen. Ich erwähnte bereits, daß es in der Vergangenheit möglich war, über die Zinsen hinaus einen Betrag für Tilgungen der ASFINAG zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der beabsichtigten Novelle zum ASFINAG-Gesetz ist eine gesetzliche Verankerung dieses Grundsatzes auch vorgesehen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Weinberger.

Abgeordneter **Weinberger (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie sprachen über die Mittelaufbringung für den Ausbau der Bundesstraßen, aber auch für die Instandhaltung; dabei erwähnten Sie auch die Mautentnahmen. Als Tiroler Abgeordneter beschäftige ich mich immer wieder mit dem Transitverkehr Kufstein—Brenner, in ganz besonderem Maße aber mit der schwergeplag-

ten Strecke durch das Wipptal, mit der Brenner Autobahn. Wenn man weiß, daß in Spitzenzeiten über 4 000 Schwerlastfahrzeuge die Grenze passieren, so ist es verständlich, dazu einige Fragen zu stellen; es wird ja noch Jahre dauern, einen Teil dieses Schwerverkehres auf die Bahn zu verlagern.

Herr Bundesminister! Welche Maßnahmen werden Sie bezüglich Mautentnahmen setzen, damit ein Teil der Schwerlastfahrzeuge andere Routen benützt?

Haben Sie Überlegungen angestellt in Richtung Änderung der Mautregelung, etwa Jahresmautkarten für Schwerlastverkehr et cetera?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Grundsätzlich sind keine wesentlichen Erhöhungen der Maut in nächster Zeit vorgesehen. Ich habe jedoch Auftrag gegeben, die derzeitige Tarifregelung konsumentenfreundlicher zu gestalten, ebenso soll die Mautenthebung unbürokratischer gestaltet werden.

Schon in den nächsten Wochen wird es aber eine Reduktion der Mauttarife für Motorräder geben. Der Tarif wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen mit maximal 90 S festgelegt; derzeit zahlen die Motorradbenützer genausoviel wie die Pkw-Benützer. Durch diese Maßnahme soll eine Verlagerung des Motorradverkehrs auf die Autobahnen erreicht werden. Damit kommt es zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit und zu einer Reduktion der Lärmbelastungen an den Bundesstraßen B.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lußmann.

Abgeordneter **Lußmann (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ich habe hier auch eine der jüngsten Nummern der „Zeitschrift für österreichisches Straßenwesen“. Es wird darin Ihr Vorgänger, der Herr Sekanina, zitiert, und zwar hat Sekanina Anfang vorigen Jahres erklärt: Wir haben zuwenig Geld, ich will vom Budget her um 3 bis 4 Milliarden Schilling entlastet werden. Der Bund soll den Schuldendienst übernehmen. Ich lege einen Kostenplan, einen Bedarfsplan, einen Amortisationsplan, die Größenordnung für Erhaltung und Rückzahlungen, vor.

Sekanina hat dann auch noch gemeint, es werde ein großer Wendepunkt eintreten; dieser Wendepunkt ist aber nicht eingetreten —

8692

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Lußmann

er ist ein bisserl verspätet im heurigen Jahr, und zwar in der Form eines neuen Bautenministers, eingetreten. Herr Minister! Ich glaube, ohne exakte Pläne wird es nicht weitergehen können.

Ich frage daher: Wann wird der neue Minister diese angekündigten Pläne vorlegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Man kann sich auf diese früheren Aussagen nicht mehr berufen, da nunmehr auch ein neuer Finanzminister im Amte ist, mit dem ich sofort nach Amtsantritt alle offenen Finanzierungsfragen im Straßenbau abgeklärt habe, und er es auch verstanden hat, mit seinen Beamten sehr viele Projekte aus den Gesetzesvorlagen zu streichen, weil viele einfach nicht mehr notwendig sind. Es wird sicher noch in einigen Jahren zu klären sein, wie man restliche Teile der Pyhrn Autobahn finanziert; die waren ja ursprünglich in der ASFINAG finanziert. Es wurde da und dort eine Streichung von einer zweiten Röhre bei neuen Autobahnreststücken vorgenommen, so bei Roppen beispielsweise.

Dadurch ist es möglich geworden, nunmehr optimistisch in die Zukunft blicken zu können, daß nämlich sowohl die Finanzierung als auch die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite gesichert ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Schemer (SPÖ) an den Herrn Minister.

587/M

Was sind die Schwerpunkte des am 10. Mai 1985 angekündigten Sonderhochbauprogramms?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei dem Baugipfel am 10. Mai 1985 wurde ein Sonderhochbauprogramm im Ausmaß von 2 Milliarden Schilling angekündigt; davon sind 1,5 Milliarden Schilling für Bauträgermaßnahmen und 500 Millionen Schilling zur Beschleunigung bestehender Bauprojekte vorgesehen.

Im Rahmen des Sonderprogramms im Umfang von 500 Millionen Schilling ist ein besonderer Schwerpunkt die Sanierung der Bundesgebäude in Höhe von 110 Millionen Schilling. Oberstes Ziel bei der Auswahl der zusätzlich dotierten Projekte war es, bestehende Projekte zu beschleunigen, um einen

raschen Bauablauf sicherzustellen, um die Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahmen zu erhöhen und um regional wirksame Baupulse zu schaffen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Schemer: Herr Bundesminister! Das Sonderwohnbauprogramm trägt sicherlich dazu bei, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe abzubauen. Durch Bauverzögerungen, hervorgerufen durch Pseudo-Umweltschützer, sind jedoch immer noch zahlreiche Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Ist nun konkret durch das Sonderhochbauprogramm auch ein vorgezogener Baubeginn von Projekten zu erwarten, und können Sie mir sagen, welche Projekte das sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Auf Grund der besonderen Dringlichkeit wurde durch das Sonderhochbauprogramm der Baubeginn folgender Projekte vorgezogen: Neubau der Bundespolizeidirektion Eisenstadt mit 300 Millionen Schilling, Neubau des Arbeitsamtes Baden mit 80 Millionen Schilling, Generalsanierung und Ausbau des Bundes-Realgymnasiums Linz, Körnerstraße 9, mit 81 Millionen Schilling, Neubau der Gendarmerie-Dienstgebäude in Weyregg und in Schörfling am Attersee mit insgesamt 15 Millionen Schilling und Neubau der allgemeinbildenden höheren Schule Salzburg-Izling im Ausmaß von 240 Millionen Schilling.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Schemer: Herr Bundesminister! Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen sind von den jeweiligen Bauträgern zu erwarten, um eine optimale Durchführung des Bauablaufes zu gewährleisten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Als Bauträgermaßnahmen im Rahmen dieses Sonderhochbauprogramms sind folgende Neubauprojekte vorgesehen: Kfz-Prüfanstalt Wien, Scheydgasse, Gesamtbaukosten 210 Millionen Schilling, Bundespolizeidirektion Graz 350 Millionen, Textilschule Dornbirn 400 Millionen, Landwehrkaserne Bludesch 500 Millionen.

Der Baubeginn dieser Gebäude ist teils noch für heuer, teils um die Jahreswende vorgesehen, sodaß die Arbeitsmarktwirksamkeit mittelfristig gesichert werden kann.

Bundesminister Dr. Übleis

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter **Koppensteiner (ÖVP):** Herr Bundesminister! In der Fragestellung wird bewußt von einem „angekündigten Hochbauprogramm“ gesprochen. Ebenso hat der Herr Bundesminister für Landesverteidigung angekündigt, militärische Bauten, etwa die Kaserne Völkermarkt, werden aus einem zu bildenden Hochbaufonds finanziert werden. Einen Hochbaufonds — und das ergibt sich auch aus der früheren Anfragebeantwortung — wird es nicht geben.

Herr Bundesminister! Durch Ankündigungen können wir keine Arbeitsplätze sichern und die Wirtschaft nicht beleben. Daher die ganz konkrete Frage: Wie werden Sie diese Baumaßnahmen finanzieren: durch neue Kreditaufnahmen über das Budget oder durch neue Steuern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Das sind keine Ankündigungen, denn die 500 Millionen Schilling sind bereits ange laufen. Die Finanzierung erfolgt dadurch, daß freiwillige Rückzahlungsverpflichtungen an die Bauträgergesellschaften nicht wahrgenommen werden, man zahlt etwas später zurück, sodaß niemand damit belastet wird. Die zwei Milliarden, die durch Bauträgermaßnahmen bedeckt werden, sodaß das Budget auch nicht belastet erscheint, werden ab Herbst dieses Jahres wirksam, wenn wir mit dem Neubau beispielsweise der Bundespolizeidirektion Graz beginnen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Kollege Schemer hat ja schon darauf hingewiesen: Die Arbeitsmarktlage bei den Bauarbeitern ist noch nicht so gut, wünschenswert wäre, daß etwas geschieht. Ich glaube, gerade von diesem Programm ist etwas zu erwarten. Es ist ja bekannt, daß die Hochbauten arbeitsplatzintensiver sind. Wenn man die Althausanierung mit einbezieht, ergibt sich gegenüber dem Tiefbau ein Verhältnis von bis zu 1 : 10.

Ich frage Sie daher: Welche Arbeitsmarktwirksamkeit erwarten Sie von diesem Sonderbauprogramm?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Das Hochbaubeschleunigungsprogramm im Ausmaß dieser erwähnten 500 Millionen Schilling wird aufgrund des besonderen Sanierungsschwerpunktes von 100 Millionen rund 1 250 Arbeitsplätze zusätzlich sichern. Die Bauträgermaßnahmen werden zirka 1 500 Arbeitsplätze auf Baudauer schaffen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veleta.

Abgeordneter **Veleta (SPÖ):** Herr Minister! Mit Ihrer Beantwortung der Anfrage des ÖVP-Abgeordneten haben Sie bewiesen, daß es sich nicht um Ankündigungen handelt, sondern daß Maßnahmen gesetzt werden.

Mich würde aber ein spezielles Problem interessieren, nämlich die Frage der Versuchsanstalten. Zurzeit gibt es verschiedene Versuchsanstalten, die zum Teil in Wien und zum Teil in Niederösterreich untergebracht sind. Außerdem sind gesetzliche Maßnahmen notwendig, um vor allem die Arbeit und die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten zu intensivieren.

Ich möchte Sie daher konkret fragen: Wann ist mit dem Baubeginn der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Hirschstetten, im 22. Bezirk, zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Abgeordneter! Erst vor einigen Tagen, am 24. Juni, wurde der Vorentwurf unter meinem Vorsitz mit Herren des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft überprüft und mit einigen Auflagen, nämlich mit Kürzungen des Raumprogramms, bewilligt. Der Baubeginn ist im Sommer 1986 möglich, die Finanzierung der Gesamtbaukosten von rund 700 Millionen Schilling wird durch einen Bauträger erfolgen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Strache (SPÖ) an den Herrn Minister.

588/M

Wieweit sind die Verhandlungen mit den Bundesländern zur Bundesstraßengesetz-Novelle gediehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Übleis:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verhandlungen mit den einzelnen Bundeslän-

8694

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Bundesminister Dr. Übleis

dern bezüglich der Bundesstraßengesetz-Novelle sind abgeschlossen. Derzeit werden die einzelnen Vereinbarungen in die Novelle eingearbeitet. Die parlamentarische Behandlung wird im Herbst 1985 erfolgen, und das Gesetz soll mit 1. Jänner 1986 in Kraft treten.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Strache: Herr Bundesminister! In der Bundesstraßengesetz-Novelle ist die Streichung der Traisental Schnellstraße vorgesehen. Das ist eine Schnellstraße, die von der West Autobahn bis zur Hainfelder Straße führt. Über die Mariazeller Bundesstraße rollt jetzt der Verkehr, dort ist die Lärmbelästigung schon sehr arg geworden. Herr Bundesminister! Besteht nicht bei Prüfung dieser Novelle die Möglichkeit, diese Traisental Schnellstraße ab der West Autobahn doch zu bauen, denn der Schwerverkehr vom Westen Niederösterreichs in den Süden geht in vielen Fällen über den Gerichtsberg? Damit wäre vielleicht doch die Entlastung von St. Pölten über Wilhelmsburg nach Traisen möglich.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! In der geplanten Novelle wird die S 34 erst ab Wilhelmsburg gestrichen. Die Weiterführung des Verkehrs auf dem zirka 10 km langen Abschnitt bis Traisen soll auf der bestehenden Bundesstraße 20 vorgenommen werden.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Strache: Als niederösterreichischer Abgeordneter bin ich natürlich interessiert, daß vor allem am Stadtrand von Wien der Verkehr etwas entflochten wird, und da ist der Bezirk Mödling bedingt durch die großen Warenhäuser sicher ein sehr frequentierter Bezirk. Es wird immer diskutiert, ob man nicht die B 12 beziehungsweise die B 12 a zur Süd Autobahn führen könnte.

Herr Bundesminister! Besteht die Möglichkeit, diese B 12 a in die Süd Autobahn einzubinden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! In die geplante Bundesstraßengesetz-Novelle wird die Anbindung von Brunn am Gebirge an die A 2 Süd Autobahn als neue B 12 a aufgenommen. Als Vorgriff auf diese Novelle wurde bereits die Anschlußstelle Wie-

ner Neudorf-Nord als Teil der B 12 a in das Bauprogramm 1985 mit 9 Millionen Schilling aufgenommen. Die Gesamtkosten betragen 76 Millionen Schilling. Die Grundeinlösung kann damit noch im Jahre 1985 beginnen. Die Straßen- und Brückenbauarbeiten werden im Jahre 1986 begonnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Herr Bundesminister! Im Regierungsentwurf der im Zeichen gewaltiger Kürzungen stehenden Bundesstraßengesetz-Novelle ist immer noch unter der Bezeichnung B 79 und unter der weiteren Bezeichnung Voitsberg-Köflacher-Straße der sogenannte Zentralzubringer zur Süd Autobahn Langmann-Anschlußstelle ganz im Gegensatz zum übrigen Geist dieser Novelle enthalten. Dieser Zentralzubringer wurde bekanntlich mit großem Jubel in die letzte Bundesstraßengesetz-Novelle aufgenommen und auch als großer Regierungserfolg in der Region verkauft. Bis jetzt wurde aber kein einziger Schilling auf diesem Zentralzubringer verbaut.

Aber nicht nur das. Die Forderung der gesamten Region, die Bundesstraße B 70 zur Schnellstraße als Kurzverbindung vom Industriekern zur Süd Autobahn raschest auszubauen, wurde eigentlich weitestgehend nicht beachtet. Dieser Schnellstraßenausbau ist in den letzten vier, fünf Jahren fast vollständig zum Erliegen gekommen. Wenn ich richtig informiert bin, sind heuer lediglich 18,5 Millionen im Budget dafür vorgesehen. Im gesamten soll diese Schnellstraße zirka 650 Millionen kosten. Das heißt, daß wir noch 50 Jahre bis zur Fertigstellung dieser so wichtigen Schnellstraße als Verbindung des Industriezentrums zur Süd Autobahn brauchen werden, was sehr zum Nachteil der Region ist, die sich bekanntlich in einer großen Krise befindet.

Herr Bundesminister! Sind Sie im Geiste einer sehr gedeihlichen früheren Zusammenarbeit auf dem Postsektor bereit, statt des showmäßigen Weiterschleppens dieses Zentralzubringers dafür zu sorgen, daß für den raschen Weiterbau und die Fertigstellung der B 70 als Kurzverbindung zur Süd Autobahn schon heuer erhöhte und ab dem Jahre 1986 jährlich mindestens 100 Millionen Schilling Budgetmittel zum Einsatz kommen, damit diese wichtige Verbindung nicht erst in 50 Jahren, sondern bereits in den achtziger Jahren, so wie Sie das jetzt gerade für alle Schnellstraßen Österreichs versprochen haben, zur Fertigstellung kommt?

Präsident

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Es ist vorgesehen, die B 70 auszubauen und den Zubringer vorerst nicht. Ich war selbst in Voitsberg und habe veranlaßt, daß die Umfahrung Voitsberg beschleunigt wird. Ich werde Ihre Angelegenheit einer nochmaligen Überprüfung unterziehen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter Hintermayer (FPÖ): Verehrter Herr Bundesminister! Als niederösterreichischer Abgeordneter ist man sehr hellhörig, wenn man erfährt, daß das Bundesstraßengesetz geändert werden soll, da wir der Meinung sind, daß es gerade in diesem Bundesland noch Nachholbedarf gibt, und zwar, wie mein Kollege Strache bereits ausgeführt hat, nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in den übrigen vier Landesvierteln.

Meine konkrete Frage an Sie wäre daher: Wird es über die Änderungen des Bundesstraßennetzes hinaus durch die Novelle auch materiell sachliche Änderungen im Gesetzestext dieses Bundesstraßengesetzes geben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Es ist vorgesehen, einige bedeutende Verbesserungen in Aussicht zu nehmen, die besonders dem einzelnen Staatsbürger zugute kommen werden. Insbesondere wird eine Entschädigung für Anrainer, deren Grundwasserversorgung beziehungsweise Trinkwasserversorgung durch den Bau von Bundesstraßen beeinträchtigt wird, vorgesehen. Weiters soll die Überprüfung der Höhe der Enteignungsentschädigung durch ein Gericht nicht mehr wie bisher innerhalb eines Jahres, sondern nur mehr innerhalb von drei Monaten ab Rechtskraft des Enteignungsbescheides möglich sein. Nach dieser Frist wird die Straßenverwaltung keine Änderung der zuerkannten Entschädigung mehr beantragen können. Beide Änderungen berücksichtigen übrigens wiederholte Anregungen der Volksanwaltschaft.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Weinberger.

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der Bundesstraßengesetz-Novelle sind Kürzungen und Einsparungen vorgenommen worden, die natürlich weitest-

gehend mit den Bundesländern und mit den Landeshauptleuten abgesprochen worden sind. Es gibt eine Reihe von Verkehrsproblemen im Tiroler Bereich, viele Fragen sind noch offen. Ich möchte eine herausnehmen, die mir besonders am Herzen liegt: die B 169 Zillertal Bundesstraße.

Herr Bundesminister! Wie Sie wissen, erstickt ein Fremdenverkehrsland — und Zillertal ist eines unserer Schmuckstücke — im Sommer unter dem Strom der Urlauber. Daher fordert das Kuratorium für Verkehrssicherheit seit vielen Jahren den Ausbau des Vorderen Zillertales. Im Hinteren Zillertal ist es etwas besser. Auch die geplagten Anrainer, die in diesen Ortschaften dort wohnen, bitten um Ihre Hilfe. Ich darf also an Sie die Frage richten: Wieweit steht es mit der Planung beziehungsweise mit dem Ausbau der B 169 im Vorderen Zillertal?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Ich darf vorausschicken: Wie ist die Situation in Tirol aufgrund der Novelle zum Bundesstraßengesetz überhaupt?

Im Bundesland Tirol werden statt der Loferer Schnellstraße S 12, statt der Fernpaß Schnellstraße S 14 sowie statt der Reschen Schnellstraße S 15 die Bundesstraßen B 312, 314 und 315, die bisher als Ersatzstraßen geführt worden sind, in das Bundesstraßennetz aufgenommen. Weiters soll der Verlauf der B 314 vom Gurgital zum geplanten Tschirgantunnel abgeändert werden.

Im Bereich der angesprochenen B 169 ist der zirka 6 bis 7 km lange Abschnitt Helfenstein—Stumm in Planung. Die Vorlage eines generellen Projektes wird erwartet. Ein Baubeginn für diesen Abschnitt ist noch nicht absehbar. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Kreuzung B 169 Zillertal Bundesstraße und B 171 Inntal Bundesstraße sind seit kurzem Tunnelvarianten im Gespräch, die vom Amt der Tiroler Landesregierung geprüft werden. Auch in dieser Angelegenheit wird ein Bericht in meinem Ressort erwartet.

Im Abschnitt zwischen Straß und Fügen sind lokale Verbesserungen am Bestand wie Verbreiterungen, Verbesserungen an Einmündungsbereichen, Kurvenbegradigungen et cetera in den nächsten Jahren beabsichtigt.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten

8696

Nationalrat XVI. GP — 98. Sitzung — 27. Juni 1985

Präsident

Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Sitzung zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1291/AB bis 1331/AB eingelangt sind.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (4. Schulunterrichtsgesetz-Novelle) (637 der Beilagen), eingelangt ist.

Den eingelangten Bericht des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über die Lage der verstaatlichten Industrie zum 31. 12. 1984 (III-99 der Beilagen) weise ich dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe zu.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 27. Juni 1985, um 10 Uhr 05 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 01 Minute